

Spagat zwischen Indien und China

Niedersachsens Ministerpräsident Wulff mit großer Wirtschaftsdelegation unterwegs in Asien

Von Marcel Grzanna

PEKING. Den Chinesen mag Ministerpräsident Christian Wulff lieber als den Inder. Zumindest wenn es darum geht, ein Restaurant auszuwählen. Die chinesische Küche habe eine Leichtigkeit, schwärmt Wulff, die in Indiens Speisen durch zum Teil schwere Soßen verloren ginge. Vom kulinarischen Standpunkt also dürfte der CDU-Politiker froh sein, dass Teil seiner Asienreise hinter ihm liegt. Nach fünf Tagen Indien landete Wulff gestern in Peking zum dritten China-Besuch während seiner Amtszeit als niedersächsischer Landesvater.

Rein beruflich jedoch liegt die schwere Kost noch vor ihm. Denn in Indien an allen Fronten zu punkten war noch eine relativ dankbare Aufgabe für einen deutschen Ministerpräsidenten mit einer fast 100-köpfigen Delegation im Rücken, die zu großen Teilen aus Wirtschaftsvertretern besteht. „Willkommen im größten privaten Labor der Welt“, wurde Wulff etwa beim Computerriesen IBM von Institutsleiter Harish Gupta begrüßt. Wulff warb im Gegenzug für den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen. Sein Bundesland sei ideal für indische Investoren.

Einer davon ist die Firma Suzlon, weltweit fünftgrößter Hersteller von Windenergieanlagen. Suzlon hat 2007 die Mehrheit an der deutschen REpower Systems AG erworben, die in Osnabrück eines von zwei Entwicklungszentren sowie Windparks an der Nordseeküste betreibt. Umweltschutz und der Kampf gegen den Klimawandel seien in Zukunft die wichtigsten Aspekte der deutsch-indischen Zusammenarbeit, erklärte Wulff. In Niedersachsen gebe es das



Auf Augenhöhe mit den Kindern einer Projektschule im Dharavi-Slum von Bombay begab sich der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) während seines Besuches in Indien.

Foto: dpa

technische Know-how, um in diesem Bereich einiges zu bewegen.

Mit offenen Armen hat die größte Demokratie der Welt die deutsche Delegation empfangen. Sogar Premierminister Manmohan Singh nahm sich Zeit, die Investoren zu treffen. Und in der deutschen Hei-

mat kräht kein Hahn nach Menschenrechtsverletzungen auf dem Subkontinent, die man ansprechen müsste.

In China ist das anders in diesen Zeiten. Da muss ein Ministerpräsident die Werbemittel rühren für sein Bundesland. Gleichzeitig aber wird von ihm verlangt, Profil zu zei-

gen und den Chinesen auf die Finger zu klopfen dafür, dass sie Menschenrechte verletzen, die Presse zensieren und keinen Pfifferling geben auf den Schutz des geistigen Eigentums.

Die erste Chance hat Wulff verstreichen lassen. Notgedrungen, wie er sagt. „Es gab

keine Gelegenheit. So etwas muss sich in einem Gespräch entwickeln“, sagte der Ministerpräsident nach seinem Treffen gestern Nachmittag mit Chinas stellvertretendem Premierminister Zhang Dejiang im chinesischen Regierungssitz Zhongnanhai hinter den Mauern der Verbotenen Stadt.

Merkel macht Mut: Deutschland ist stark

Kanzlerin ganz in Schwarz zu schwieriger Mission – Nur Westerwelle stört die Stunde der Wahrheit

Von Beate Tenfelde

BERLIN. Angela Merkel in heikler Mission. Ganz in Schwarz, mit angespanntem Gesicht tritt sie gestern Abend im Bundestag zu einer schwierigen Regierungserklärung an das Rednerpult. Es geht darum, der Nation ungeschminkt die Wahrheit über das unabsehbare Ausmaß der internationalen Finanzkrise zu sagen („Die Lage ist ernst“). Und es geht darum, Panik zu verhindern. „Ich sage Ihnen: Deutschland ist stark“, ruft Merkel den Parlamentariern zu.

Die klatschen bereitwillig.

Keiner will die Demonstration der Entschlossenheit, des Zusammenstehens in schwerer Stunde stören. Keiner will der Krisen-Managerin Hürden aufbauen bei ihrer Mission, den verheerenden Schaden zu begrenzen. „Vertrauen ist die Währung, in der gezahlt wird“, sagt Merkel, es klingt sehr ernst und eindringlich. Sie weiß nur zu genau: Vertrauen lässt sich nicht auf Knopfdruck wieder aufbauen.

Noch vor drei Wochen hat die Kanzlerin versucht, die Probleme kleinzureden. In der Generalaussprache zum Bundeshaushalt 2009 er-

klärte sie nur knapp, die Bundesregierung werde die Finanzturbulenzen „mit großer Aufmerksamkeit“ verfolgen. Die Realität holt Merkel ein. Aufgeschreckt durch immer neue Horrormeldungen aus der Bankenwelt, wagt sie die Flucht nach vorn. Mitten hinein in die sonntägliche Ruhe der Bundesbürger platzt ihr Versprechen, sie gebe eine Staatsgarantie für die Konten der privaten Sparer – ein einmaliger Akt, den Merkel gestern im Parlament noch einmal wiederholt.

Doch in den Beifall mischen sich hässliche Töne. „Staatsversagen“ wirft FDP-

Bundeschef Guido Westerwelle der Regierungschefin vor. „Wenn Sie Defizite bei der Bankenaufsicht beklagen, beklagen Sie Defizite bei der Bundesregierung, bei sich selbst“, schleudert der Liberale Merkel entgegen. Die Staatsaufsicht habe „absolut dilettantisch“ gearbeitet. Dies sei schon länger bekannt, verweist Westerwelle auf die Turbulenzen um die KfW-Bankengruppe und die IKB. „Sie hätten durch Schaden längst klug sein können.“

Die Bankenaufsicht müsse endlich unter einen Hut kommen, feuert er Breitsseiten gegen die Regierungs-

bank ab. Die Leitung der Aufsicht sollte die Bundesbank übernehmen. Diese FDP-Forderung sei „in Archiven nachzulesen“, werde leider aber erst jetzt von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) ins Visier genommen.

Und noch immer komme die Wahrheit nur scheinweise auf den Tisch. „Wir hätten schon gern gewusst, was nun wird aus dem Haushalt 2009, über den wir gerade beraten“, fordert Westerwelle die Kanzlerin auf, „sich ehrlich zu machen.“ Merkel wisse doch nur zu genau, dass sie die erwarteten Einnahmen nicht bekomme.

Die Verteidigung der CDU-Kanzlerin übernimmt SPD-Fraktionsvize Jochen Poß. „Sie sind der Brandstifter, der sich zum Biedermann aufschwingt“, empört er sich über Westerwelle. Die Freidemokraten wollten nur ablenken von den Fehlern ihrer Freunde in der Wirtschaft, die ihnen Spenden zukommen ließen. „Ihr neoliberales Weltbild ist in Scherben gegangen, und deshalb sind Sie so gereizt“, raunt Poß.

Die Mahnung von CDU-Fraktionsgeschäftsführer Norbert Röttgen, in dieser Krise nicht in Parteiengenzänk zu verfallen, verhallt.



Einsam und verlassen sitzen zwei russische Soldaten an dem Kvenatkosa-Checkpoint in Georgien. Heute will sich die russische Armee vollständig aus der Pufferzone zurückziehen. Foto: AFP

„Hauptsache, die Europäer sind da“

In Georgien haben die Menschen hohe Erwartungen an die EU-Beobachter

Von Gregor Waschinski

AFP **SUGDIDI.** Nukri Odisharia denkt gerne an seine Zeit in Deutschland zurück. Der Enddreißiger aus dem westgeorgischen Sugdidi war als Soldat der Roten Armee einige Jahre in Brandenburg stationiert. Nach der Wende verkaufte er mit Kameraden heimlich einen Teil der Benzinvorräte seiner Truppe. „Eine Mark der Litter“, erzählt er stolz. Heute verdient Nukri sein Geld mit einem Taxidienst. Dass seit einigen Tagen auch deutsche EU-Beobachter in seiner Heimatstadt sind, freut ihn. „Damals sind wir aus Deutschland abgezogen, heute helfen uns die Deutschen, dass die Russen bei uns abziehen.“

Von den 70 EU-Beobachtern am Standort Sugdidi kommen 25 aus der Bundesrepublik. Für die meisten Men-

schen in der 70 000-Einwohner-Stadt macht es aber kaum einen Unterschied, ob Deutsche, Litauer oder Italiener die russischen Kontrollpunkte um die Stadt abfahren. „Hauptsache, die Europäer sind da“, sagt die 24-jährige Tamuna. Sie arbeitet in einer Bank, in der Mittagspause hat sie sich mit Freunden in einer Pizzeria getroffen. „Die EU ist eine Macht“, sagt sie in gebrochenem Englisch. „Ich hoffe, dass wir bald beitreten können.“ Die anderen jungen Leute am Tisch nicken.

Die Bevölkerung in Sugdidi setzt große Hoffnungen in die EU-Mission. Wenn die gepanzerten Jeeps mit den EU-Flaggen über die Landstraßen in der Gegend fahren, winken ihnen die Menschen am Straßenrand zu. Dabei können die unbewaffneten Beobachter zunächst auch nichts anderes

machen, als Informationen zu sammeln, Fragen zu stellen und Berichte zu schreiben.

„Die Vorgabe ist, dass die russischen Truppen am 10. Oktober abgezogen sein müssen“, sagte Wolfgang Schäfer, Leiter des deutschen Kontingents in Sugdidi. Russland will den Plan einhalten. „Wir werden in der ersten Tageshälfte den planmäßigen Rückzug unserer Friedenssoldaten von allen sechs Beobachterposten beenden“, betonte gestern der russische General Marat Kulachmetow. Der Rückzug solle binnen 24 Stunden abgeschlossen sein, sagte der Kommandeur der Truppen.

Die EU-Beobachtermision in Georgien bestätigte unterdessen einen Zwischenfall in der Pufferzone um Südossetien. Eine unbewaffnete Patrouille sei dort am Montag für kurze Zeit festge-

halten und offenbar auch ausgeraubt worden. Ein zur EU-Mission gehörender französischer Polizist sprach vor Journalisten von „unkontrollierten Osseten“, die bewaffnet und betrunken gewesen seien und den Beobachtern Dinge entwendet hätten.

Nach UNO-Angaben hat es in der Pufferzone Übergriffe auf die Zivilbevölkerung gegeben. „Besonders in Grenznähe werden nachts Häuser geplündert“, sagte gestern der UNO-Sonderbeauftragte für Binnenflüchtlinge, Walter Kälin. „Je weiter man nach Norden kommt, je näher man an die Grenze zu Südossetien kommt, desto verheerender sind die Verhältnisse“, fügte der Staats- und Völkerrechtsexperte an der Universität Bern hinzu. Unter diesen Bedingungen sei eine Rückkehr der Flüchtlinge unmöglich.

OFFEN GESAGT

Ruf nach dem Euro

Von Franz Schmedt

Wo bleibt das Positive? Mit Blick auf die Querelen in der Europa-Politik, auf die grassierende irrationale Europamüdigkeit lässt sich diese Frage derzeit schwerlich beantworten. Da wirkt es schon wie ein Lichtblick in aller Trübsal, dass der polnische Ministerpräsident Tusk jetzt der Einführung des Euro Priorität für seine Regierung einräumt.

Das besonders bemerkenswerte Politikum dieser Ankündigung: Der Premier will schon für Anfang 2009 das Wagnis einer Volksabstimmung nicht ausschließen. Er sieht die EU populärer denn je in seinem Land, das sich damit von älteren Mitgliedern deutlich abhebt.

Den Polen ist bewusst, dass sie den wirtschaftlichen Aufschwung wesentlich der Förderung durch die EU verdanken. Deshalb versucht Tusk, offenbar mit einem positiven Votum für die europäische Währung alle penetranten Europakritiker mit Präsident Kaczynski an der Spitze ins Abseits zu stellen. Ähnlich laut bleiben die Rufe nach dem Euro besonders in Litauen.

Auch die Realität im täglichen Leben spricht einschließlich der baltischen Staaten längst für diesen Schritt, sobald die EU-Kriterien erfüllt sind. Ob in den Restaurants an der Danziger Mottlau-Promenade, wo die Speisekarten in Polnisch und Deutsch ausgehängt sind, ob auf den Märkten der Metropolen Riga und Tallinn oder gar an der Kurischen Nehrung in Thomas Manns einstigem Feriendomizil, dem wieder schmuck herausgeputzten litauischen Nidden – fast überall wird längst der Euro problemlos akzeptiert. Eine sich verstärkende Entwicklung zur Zweitwährung.

Sorgen über Verteuerungen sind zwar aus Deutschland hinübergedrungen. Aber dem steht hier nicht zuletzt die geopolitische Bedeutung des Euro entgegen. Jedes weitere Bindeglied zum Westen (und sei es auch allein wirtschaftlicher Natur) wird als zusätzlicher Schutz gegenüber dem mächtigen russischen Nachbarn gewertet – vor allem seit die Moskauer Führung wieder stärker ihre Muskeln spielen lässt.

HISTORISCH

8. Oktober

1938 – Die zur Tschechoslowakei gehörende Karpatenukraine erhält autonomen Status.

1958 – In Stockholm wird einem Patienten der erste vollständig im Körper eingebettete Herzschrittmacher eingepflanzt.

1993 – Präsident Eduard Schewardnadse kündigt den Eintritt Georgiens in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) an.

1998 – Die Daimler-Benz AG nimmt in Papenburg im Emsland die größte Autostrecke Europas in Betrieb.

2003 – Mit großer Mehrheit wird der Schauspieler und ehemalige Bodybuilder Arnold Schwarzenegger zum neuen Gouverneur von Kalifornien gewählt.

Geburtstage: Max Slevogt, dt. Maler und Grafiker (1868–1932); Otto Warburg, dt. Biochemiker (1883–1970)